



Minister zitiert das Statistische Landesamt und sagt:

## „Jawohl, der Aufschwung kommt auch nach Klietz!“

Landeswirtschaftsminister Dr. Haselhoff kam am 17. Oktober frohgestimmt von der Auszeichnung eines erfolgreichen altmärkischen Unternehmens aus Brunkau nach Klietz um sich hier der Frage von Gewerbetreibenden aus Klietz und Umgebung zu stellen, die Bürgermeister Masch zu Beginn der Veranstaltung so formulierte: „Kommt der Aufschwung auch zu uns, Herr Minister?“

Eigentlich hätte man es wissen müssen, dass ein führendes Regierungsmitglied auf eine solche Frage nur positiv antworten würde!

Dr. Haselhoff konnte anhand zahlreicher statistischer Durchschnittswerte glaubhaft nachweisen, dass es diesen wirtschaftlichen Aufschwung in Sachsen-Anhalt tatsächlich gibt. Stärkster Rückgang der Arbeitslosenzahlen, höchster Stand der Arbeitsproduktivität, eine der höchsten Wachstumsraten. Aber er benannte auch die beiden Kernprobleme, auf die es in der Mittelstandspolitik besonders ankommt: Man müsse vor allem darauf achten, sagte er in seiner kurzen Einleitung, dass

„die kleinen und mittleren Unternehmen der Region von Dienstleistungsaufträgen neu entstehender Industriebetriebe profitieren und dass es eine ausreichende zahlungsfähige Nachfrage aus der einheimischen Bevölkerung gibt.“ Solche „Leuchttürme“ wie das Zellstoffwerk bei Arneburg und der eingangs erwähnte Produktionsbetrieb für optische Geräte in Brunkau seien ein gutes Zeichen und ließen darauf hoffen, dass es auch hier aufwärts geht. Kaum einer von den knapp 20 Gewerbetreibenden, die der Einladung von Bürgermeister Masch zu dieser Abendveranstaltung in der Gaststätte „Zur Alten Tanke“ gefolgt waren, wollte aber so recht daran glauben, dass sich hier weitere Industrieunternehmen in Größenordnungen ansiedeln. Und daran, dass der rapide Bevölkerungsrückgang in der Altmark aufgehalten werden kann, hatte man auch seine Zweifel. Selbst Ministerpräsident Böhmer hatte schließlich erst in der Woche zuvor in Stendal bestätigt, dass es in den kommenden Jahren eine weitere Verringerung der



IBürgermeister Jürgen Masch hatte den Minister zu dieser Gesprächsrunde eingeladen



Dr. Reiner Haselhoff nahm die Einladung an und stand den Gewerbetreibenden Rede und Antwort

Einwohnerzahl um etwa 20 Prozent geben wird. Aber die Bevölkerung bringt die Kaufkraft, die für die Unternehmer Existenzgrundlage darstellt. Ob das Vorhaben der Landesregierung „mehr mit den jungen Menschen ins Gespräch zu kommen um sie zur Rückkehr nach Sachsen-Anhalt zu bewegen“, das richtige Rezept dazu ist? Man könne aber nicht immer nur konstatieren, dass das so sei mit dem Bevölkerungsschwund, man müsse endlich auch etwas dagegen unternehmen, so die Forderung auch aus den Reihen der Gesprächsteilnehmer.

Der Minister hatte sich vorgenommen, zuzuhören, Fragen zu beantworten und Hinweise mit nach Magdeburg zu nehmen. Mitnehmen konnte er unter anderem Ärger mit der Arbeit der örtlichen Arbeitsagentur. Dachdeckermeister Uwe Brendel beklagte, dass es unendliche Schwierigkeiten gebe, wenn man einen wegen der Schlechtwetterzeit als arbeitslos gemeldeten Arbeiter zwischenzeitlich für einen neuen Auftrag wieder einstellen möchte. Ein solches Ansinnen werde durch bürokratisches Verhalten der Agentur nahezu unmöglich gemacht. Auch Landrat Hellmuth, der ebenso wie der CDU-Landtagsabgeordnete Schulz und Verwaltungsamtsleiter Wulfänger an der Runde teilnahm, versprach, sich der Sache anzunehmen. Der Klietzer Unternehmer Willi Pfundt beklagte das unzureichende Auftragsvergabeverfahren bei öffentlichen Ausschreibungen. „Die öffentliche Hand ist praktisch gezwungen, den Auftrag an den billigsten Anbieter zu vergeben, obwohl der nicht immer der wirtschaftlichste und oftmals auch nicht der qualitativ beste ist.“ Der Wirtschaftsminister wusste um dieses Problem und bekannte, dass er selbst auch nicht

(Fortsetzung von Seite 1)

glücklich darüber sei. Er erhoffe sich mit dem derzeit in Arbeit befindlichen Vergabehandbuch eine bessere Beurteilungsmöglichkeit für die Gremien, die eine Auftragsvergabe zu entscheiden haben. Mit den im Buch gegebenen Hinweisen solle man qualifizierter beurteilen können, ob ein Anbieter die korrekten Löhne in Ansatz bringt, und ob die Qualität der Leistung ausreichend ist. Das könnte auch für die diesbezügliche Arbeit unseres Gemeinderats hilfreich werden.

Minister Haselhoff wusste auch um den Mangel an Fachkräften in Ostdeutschland, den Herr Retschke beklagte und er hatte auf die Frage von Arnold Bausemer aus Hohengöhren, „ob die Preiserhöhung des Eon-Konzerns berechtigt sei ein klares „Nein!“ zur Antwort und gab den Rat: „Wechseln Sie zu einem billigeren Anbieter!“

Nach mehr als 90 Minuten Gesprächsdauer bat der in Wittenberg beheimatete Politiker um Verständnis für ein Ende der Diskussion und zitierte abschließend das statistische Landesamt, nach dessen Angaben man auf die als Thema gestellte Frage der Gewerbetreibenden und Händler sagen könne: „Ja, der Aufschwung kommt auch hierher!“

Auch wenn nur etwa ein Drittel der Eingeladenen zu dieser Veranstaltung gekommen waren, kann man sie als einen gelungenen Versuch des Klietzer Bürgermeisters bewerten, der damit deutlich machen wollte, dass sich der Gemeinderat und er auch ganz persönlich besonders für die Belange der wirtschaftlichen Entwicklung einsetzt.

## In eigener Sache

Mit der vorliegenden Ausgabe des RATHAUSANZEIGER weicht die Redaktion ausnahmsweise von ihrem Grundsatz ab, ausschließlich jeweils nach den Ratssitzungen über das dortige Geschehen zu berichten.

Anlass ist ein offener Brief des Vorsitzenden der Volksinitiative Sachsen-Anhalt 2011, des Bürgermeisters der Gemeinde Angersdorf im Saalekreis, der Bürgermeister Masch in diesen Tagen mit der Bitte erreichte, ihn möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen. Das soll hiermit auf den Seiten 3 und 4 geschehen.

## Die „Germanen“ reichen den „Preußen“ die Hand zur kameradschaftlichen Zusammenarbeit

---

Man konnte ihn förmlich plumpsen hören. Den Stein, der so manchem Mitglied des Ausschusses für Kultur und Sport während der Sitzung am 9. Oktober vom Herzen fiel, als der Vertreter des SV „Germania“ dem anderen Klietzer Verein SV „Preußen“ die Hand für eine künftig kameradschaftliche Zusammenarbeit anbot und Preußen-Vorstandsmitglied Behrends spontan zustimmte.

Das schien für alle Beteiligten dann auch ein zumindest gleich gutes Ergebnis dieser Beratung gewesen zu sein, in der es um die Bereitschaftserklärung beider Vereine zu einem freiwilligen Beitrag für die Deckung der in der Turnhalle anfallenden Nebenkosten ging.

Keiner kann so richtig erklären, warum eigentlich diese Querelen zwischen den Preußen und den Germanen über viele Jahre hinweg andauern konnten. Die meisten von einer Seite erhobenen Vorwürfe gegen die andere erwiesen sich nämlich im Nachhinein als Bagatelle oder Missverständnis. Jetzt soll es erst einmal eine gemeinsame Sitzung beider Vorstände geben und dann will man über mögliche gemeinsame Projekte im Interesse der Sportlerinnen und Sportler wie auch der Gemeinde reden.

Eine teils recht heftige Diskussion war bereits vor längerer Zeit aufgekommen, als der Vorstand des SV Preußen dem Gemeinderat den Vorwurf machte, er würde die Sportler zur Kasse bitten, obwohl das gesetzlich nicht zulässig ist. Die besagte Vorschrift spricht ein solches Verbot zwar aus, lässt andererseits aber auch freiwillige Beteiligungen der Sportvereine an den Nebenkosten zu. Und genau das war bereits im Jahre 2000 mit beiden Klietzer Vereinen vereinbart worden.

Die Ausschussmitglieder ließen in der Beratung eine Diskussion über eine damals angeblich stattgefundenen Nötigung des Preußen-Vorstandes erst gar nicht zu und stellten den anwesenden Vertretern die klare Frage, wie sie denn heute zu einer solchen Beteiligung stehen. Beide erklärten ihr Einverständnis ohne wenn und

aber, womit dann auch dieses leidige Kapitel auf erfreuliche Weise abgeschlossen werden konnte.

Die anschließende Einigung auf einen für beide Seiten tragbaren und angemessenen Betrag fand dann auch bald ein gutes Ende als Bürgermeister Masch eine Summe von 54 Cent je erwachsenes und zahlungsfähiges Vereinsmitglied und je Monat ins Gespräch brachte, also ein „Opfer“ im Wert einer Dose Bier. Kinder und sozial schwache Mitglieder sollen nicht beteiligt werden.

Danach zahlen die Germanen künftig insgesamt 650 Euro pro Jahr und die Preußen aufgrund der geringeren Mitgliederanzahl 250 Euro. Beim Vorstand der SV Germania kam dieser Vorschlag besonders gut an, da sie damit nur noch etwas mehr als die Hälfte des bisher gezahlten Betrages entrichten.

Germania-Vorstandsmitglied Eckehard Wulfänger begründete die Zustimmung seines Vorstandes unter anderem damit, dass „man als Sportler auch Verständnis für die Obliegenheiten der Gemeinde haben muss; dass die Gemeinde in der Vergangenheit sehr viel für sie getan“ habe, wie auch mit dem Hinweis darauf, dass Freizeitsportler anderenorts zum Beispiel für jede Benutzung der Duschanlage einen Euro in eine Zahlbox einwerfen müssten und dabei sicherlich eine höhere Belastung entsteht als bei den hier genannten 6,50 Euro pro Jahr.

Der Vorsitzende der SV Preußen wiederholte in der Gesprächsrunde noch einmal seine Forderung nach Nutzung aller Einsparungsmöglichkeiten beim Verbrauch von Strom, Heizung und Wasser und wies auf zum Teil erhebliche Mängel an den derzeit vorhandenen Anlagen hin.

Bürgermeister Masch stimmte diesem Gedanken zu und erklärte noch einmal, „dass die Sanierung der Sporthalle auf einer Prioritätenliste des Gemeinderates für die kommenden Jahre ganz oben an steht und dass man eher an einer möglichst kompletten Sanierung als an vielen kleinen Reparaturen interessiert sei.“

# „Stellt euch vor, unsere Regierung macht eine Reform – und keiner macht mit!“

Werte Bürgerinnen und Bürger, in den letzten Tagen erhalten wir immer öfter Anrufe von besorgten Bürgern mit folgendem Inhalt: „Unser Bürgermeister und sein Gemeinderat wollen einen Beschluss fassen zur Gründung einer Einheitsgemeinde. Sie sind des Kampfes müde und glauben nicht an den Erfolg eines Volksentscheides“

Diesen Gemütszustand können wir nachvollziehen. Wie ist eigentlich die derzeitige Gesetzeslage? Bisher fehlt eine gesetzliche Grundlage dafür, in den Gemeinderäten Beschlüsse zu fassen. *Leitbilder und Gesetzentwürfe sind keine Gesetze!*

Im §1, Abs. 1 der Gemeindeordnung des Landes steht: „Die Gemeinde ist Grundlage und Glied des demokratischen Staates. Sie verwaltet in eigener Verantwortung ihre Angelegenheit im Rahmen der Gesetze mit dem Ziel, das Wohl ihrer Einwohner zu fördern.“

Im Rahmen der geltenden Gesetze existieren weder die Verbandsgemeinde noch die neuen Vorgaben für die Einheitsgemeinde. Es gibt auch kein Gesetz, in dem Termine für den Beginn oder das Ende einer freiwilligen Phasen stehen. Deshalb kann noch keine „freiwillige“ Phase begonnen haben.

In Magdeburg selbst, scheint man alle Zeit der Welt zu haben, denn anders ist es nicht zu erklären, warum aus den Willensbekundungen bislang keine Gesetze gemacht wurden. Dies hindert im Augenblick die Volksinitiative, einen Volksentscheid vorzubereiten. Denn im Augenblick müssten wir einen eigenen Gesetzentwurf erstellen.

## Was wurde von der Initiative bisher erreicht?

Was hat die Volksinitiative eigentlich bislang mit Unterstützung durch die Bürgerinnen und Bürger Unterstützung erreicht?

1. Den Auftrag und die Erstellung des IWH Gutachtens
2. Die Alternative des Verbandsgemeinde Modells
3. Die Entscheidung des Landtages, dass die Regierung bei der angekündigten Reform das Gutachten zu beachten hat.

## Warum sind wir damit noch nicht zufrieden?

Was will die Volksinitiative erreichen? Wir wollen endlich Antworten auf folgende Fragen:

1. Was soll die Gemeindegebietsreform kosten und welche Einsparungen erwartet man mittelfristig?
2. Was würde es kosten, die Verwaltungsgemeinschaften zu qualifizieren, damit Sie die Aufgaben für die nächsten Jahrzehnte erfüllen können?
3. Warum überlässt man nicht den Entscheidungsträgern vor Ort die Wahl zwischen den Verwaltungsmodellen, wie im Gutachten gefordert?
4. Woran will die Landesregierung die Dienlichkeit der Zweckverbände um Halle und Magdeburg festmachen und wer entscheidet, ob die Dienlichkeit erfüllt ist?

Es gibt also noch viele Fragen an die Damen und Herren in Magdeburg, aber bis heute keine Antworten.

## Diese Reform stinkt zum Himmel!

Lassen Sie es uns unserer Regierung nicht so einfach machen, indem wir alle Schritte freiwillig gehen. Wir sollten hier nicht frühzeitig agieren, sondern darauf reagieren, was in Magdeburg geschieht.

Wir sollten nicht vergessen, das mit dieser angestrebten Reform mehr als 700 Orte mit mehr als 330000 Menschen für immer von den Landkarten unseres Landes verschwinden.

In den Gemeinden, die in die Oberzentren zwangsweise eingemeindet werden sollen, leben noch einmal 70.000 Menschen.

Wer dann noch zweifelt, ob wir die ca. 230.000 Unterschriften zusammen bekommen, der hat sich mit diesen Zahlen noch nicht beschäftigt.

Wozu ein Volk im Stande ist, wenn es geschlossen aufsteht, haben wir im Jahre 1989 bereits einmal mit ansehen dürfen.

Lassen Sie es nicht zu, dass wir in unseren eigenen Gemeindehäusern und auch Feuerwehren nur noch zu Gast sind.

Diese Reform stinkt zum Himmel und kommt unserer Meinung nach einer Zwangseinteilung gleich.

Also, es gibt noch kein Gesetz! Bisher ist offen, ob es nicht noch Gesetzentwürfe der Opposition geben wird. Änderungsanträge sind auf jeden Fall zu erwarten..

Wir brauchen das politische Ehrenamt in Sachsen - Anhalt. Wir die Vertrauensleute der Volksinitiative zählen auf Sie, die Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes.

## Gemeinsam können wir es schaffen

Gemeinsam können wir den Volksentscheid zum Erfolg führen und diesen Wahnsinn endlich stoppen. Im übrigen an alle Bürgermeister und Räte: Bitte, verteilen Sie diesen Brief an alle Ihre Einwohner und nutzen es als Argumentationshilfe oder veröffentlichen es.

Ihr  
*Ralf Wunschinski, Sprecher der Volksinitiative Sachsen - Anhalt 2011*

## Häufig gestellte Fragen

*Wann wird das Volksbegehren stattfinden?*

Das Volksbegehren wird 2008 stattfinden, ein genauer Termin wird noch bekannt gegeben.

*Woher bekomme ich Sammlisten?*  
Wenn es soweit ist, werden die Listen allen Gemeinden zugeschickt und können auch auf der Internetseite

[www.volksinitiativesachsenanhalt.de](http://www.volksinitiativesachsenanhalt.de) heruntergeladen werden.

***Bürgermeister Jürgen Masch und der Klietzer Gemeinderat unterstützen die Initiative wie auch alle anderen Gemeinden in der Elbe-Havel-Region.***

***Es ist nicht zu begreifen, warum die derzeitigen Strukturen verändert werden müssen, warum die kleinen Gemeinden ihre Selbständigkeit aufgeben sollen, warum wir nicht einmal mehr über unsere eigene Feuerwehr mitreden dürfen.***

***Bitte, unterstützen auch Sie uns bei diesem Vorhaben.***

Weitere Informationen über die Gemeindereform von der Volksinitiative

# Jeder zweiten Feuerwehr in Sachsen-Anhalt droht das Aus!

Bei der Rechnung des Innenministeriums wird der Verlust von jeder zweiten Freiwilligen Feuerwehr Sachsen-Anhalts in Kauf genommen.

Bei der Einführung von Verbands- und Einheitsgemeinden sieht das Innenministerium ein Einsparpotential von 40 Prozent im Bereich Brandschutz-Hilfeleistung vor.

Laut einem vom Innenministerium selbst in Auftrag gegebenen Gutachten ist diese Einsparung durch eine „Abschaffung oder Zentralisierung von der Feuerwehren“ und eine Erhöhung des Schwellenwertes (Ausrückzeit) von 12 auf 15 Minuten auch möglich. Geht man davon aus, dass die wenigen auserwählten Feuerwehren durch diese Zentralisierung eine Aufstockung der finanziellen Mittel benötigen, muss man befürchten, dass mehr als die Hälfte aller Feuerwehren geschlossen werden muss bzw. sich aus finanzieller

Not im Laufe der Jahre von selbst auflöst.

Ganz davon abgesehen, dass eine Erhöhung der Ausrückzeit eine Verschlechterung der Brandsicherheit in 90% (denn 90% des Landes sind davon betroffene Dörfer) des Landes bedeuten würde, sind die Freiwilligen Feuerwehren in den Dörfern auch ein wichtiger kultureller Faktor und ein Stück dörflicher Identität. Sie bieten darüber hinaus vielen Jugendlichen die Möglichkeit einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung. Beides, Finanzielle Einsparungen und der Erhalt der Feuerwehren, ist gleichzeitig gar nicht möglich. Im gleichen Atemzug würden die jahrelangen Bemühungen der Politik, vieler Bürgermeister, Kreisbrandmeister und Wehrleiter, das ehrenamtliche Engagement zu fördern, damit ad absurdum geführt werden.

## „Zwangsentziehung“ der Gemeinden - das ist keine Übertreibung!

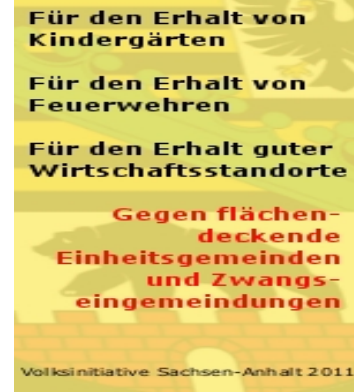
Im § 3, Abs. 3 eines Begleitgesetzes zur Gemeindegebietsreform heißt es:

Die Mitgliedsgemeinden haben das Eigentum der ihnen gehörenden Grundstücke samt aufstehender Gebäude einschließlich der Einrichtung und dem sonstigen Zubehör, die zur Erfüllung der in Absatz 1 Satz 1 Nrn. 2 bis 8 bezeichneten Aufgaben bestimmt sind, der Verbandsgemeinde zu übertragen. Das Gleiche gilt für Einrichtungsgegenstände, Arbeitsmittel, Geräteausstattung und dergleichen, soweit keine Grundstücke übertragen werden. Die ergänzenden Bestimmungen zur Auseinandersetzung haben die Beteiligten durch Vereinbarung zu regeln,

trifft die Kommunalaufsichtsbehörde die erforderlichen Bestimmungen. Wird durch den Eigentumsübergang eine Berichtigung des Grundbuchs oder anderer öffentlicher Bücher erforderlich, genügt zum Nachweis des Eigentumsüberganges eine Bestätigung der Kommunalaufsichtsbehörde. Die zuständigen Behörden sind verpflichtet, die öffentlichen Bücher zu berichtigen. Die hierzu erforderlichen Rechtshandlungen sind frei von öffentlichen Abgaben und Verwaltungskosten. die der Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde bedarf. Kommt innerhalb angemessener Frist eine Vereinbarung nicht zustande oder wird sie nicht genehmigt.

Herausgeber: Gemeinderat, Rathenowerstraße 2a. Tel.: 238, Fax: 270. Email: [gemeinde@klietz.com](mailto:gemeinde@klietz.com). Erscheint unregelmäßig nach Ratssitzungen und wird kostenlos an alle

Haushalte verteilt.  
Redaktion: Renate Gutsch, Stefan Kertz, Jürgen Przybyla. (V.i.S.d.P.)



Wenn er Woche für Woche mitunter mehrmals mit den Kindern des Schullandheimes oder mit anderen Wanderwilligen um den Klietzer See marschiert, möchte man kaum glauben, dass er heute bereits sein 70.

Lebensjahr vollendet:  
Joachim Steinborn, der Vater des Naturlehrpfades und anerkannter Naturschützer. Auch der RATHAUSANZEIGER gratuliert sehr herzlich.

### Deckname XYZ

*Da bettelt man förmlich in jeder Ausgabe um Leserbriefe und weiß genau, dass die Klietzer das nicht sonderlich mögen, nicht die Courage dazu haben, nicht anecken möchten. Dann flattert einem ein solcher Brief auf den Tisch, sogar mit anerkennenden Worten für das was geschrieben steht, ja gar mit einem Lob für die kritischen Glossen von Kiekebusch!*

*Und dann muss man dem Briefschreiber mitteilen, dass sein Werk nicht veröffentlicht werden kann, wenn er darauf besteht, unerkannt zu bleiben und mit „ABC“ unterschreiben will.*

*Leute, das geht doch nicht! Stellt euch vor, wir lassen das zu, was gäbe das für einen Hickhack? Kann doch nicht jeder sagen, was er nicht will!*

*Also immer schön ehrlich bleiben und frei und offen von der Leber weg. Ich mache das schließlich auch und sage, wer ich bin, nämlich Ihr*

*Kiekebusch*